

# Niederschrift

über die 6. Verwaltungsausschuss-Sitzung am Donnerstag, den 21.11.2013, um 19:00 Uhr,  
im Sitzungssaal des Rathauses (1. Stock, Zi.Nr. 100), Urasstr. 22.

---

## **Anwesend:**

### Vorsitzende/r

Bisping, Benedikt

---

### Ausschussmitglieder

Dienstbier, Adolf Volkmar

Mayer, Christian

Ochs, Gerald

Höpfel, Ruth

Horlamus, Alexander

Ittner, Frank

Pohl, Adolf

Grand, Martin

Kern, Hans

Lang, Thomas

Maschler, Norbert

Tiedtke, Andreas Dr.

---

### Stellvertreter

Scheld, Manfred

bis 19.15 Uhr

---

### weitere Stadträte

Herrmann, Karl-Heinz

als Zuhörer

---

### Ortssprecher

Eschrich, Hermann

Hofmann, Dieter

---

### von der Verwaltung

Ederer, Rainer

Hammerlindl, Bernhard

Neidl, Elke

Nürnbergger, Annette

Schulz, Antje

Sgrai, Klaus

Strauß, Michael

bis 18.20 Uhr

Taubmann, Udo

Wallner, Benjamin

Wamser, Karin

---

### Schriftführer/in

Schönwald, Friederike

---

## **Entschuldigt:**

### Stellvertreter

Breuer, Björn

Felßner, Günther

Meyer, Harald

---

Vorsitzender eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren des Verwaltungsausschusses, die Zuhörer, Vertreter der Presse und die Mitglieder der Verwaltung zur 6. Sitzung in diesem Jahr. Die Einladung ist fristgerecht ergangen. Mit dem Inhalt der Tagesordnung besteht Einverständnis. Das Gremium ist beschlussfähig.

## ÖFFENTLICH

### **1 Genehmigung der Niederschriften der 5. Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 19.09.2013**

#### **Beschluss:**

Die Niederschriften der 5. Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 19.09.2013 werden genehmigt.

**Abstimmung: einstimmig beschlossen      Ja: 13    Nein: 0**

### **2 Vorberatung der Haushalte 2014 der Stadt Lauf a.d. Pegnitz und der J.F.Barth'schen Stiftung sowie Vorberatung der mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung der Stadt für die Jahre 2013 - 2017**

Frau Wamser trägt noch ausführliche Informationen zum Vorbericht, der allen Stadtratsmitgliedern zugegangen ist, vor.

Im Vermögenshaushalt wurden nach Versand des Haushalts noch zwei Änderungen vorgenommen. Aus den Fachbereichen wurden zwei Bitten herangetragen, die berücksichtigt werden konnten.

Bei HhSt. 1301.9357 Feuerlöschwesen konnten als Ansatz 2014 nunmehr 125.000 Euro eingestellt werden, die für verschiedene Feuerwehrfahrzeuge je nach Entscheidung zur Verfügung stehen. Diese Summe wurden von der HhSt. 1301.9450 weggenommen.

Bei HhSt. 3521.9359 hat die Bücherei gebeten den Medienetat wieder auf 40.000 Euro anzusetzen. Die fehlenden 10.000 Euro konnten von HhSt. 3410.9357 aufgrund von Einsparungen hergenommen werden.

Vorsitzender gibt noch eine kurze Einführung und bittet in die Diskussion einzusteigen.

Herr Stadtrat Maschler fragt, welcher Schulungsbedarf noch bei HhSt. 0201.6556 Honorare für LoB-Schulungen besteht?

Frau Wamser führt aus, dass im Jahr 2013 noch keine Schulung stattfand. Es sind immer wieder neue Führungskräfte da, die Schulungsbedarf haben.

Herr Sgrai schließt an, dass immer wieder Bedarf für eine Schulung besteht, um das System umsetzen zu können. In welcher Form dieser Bedarf für 2014 besteht, muss noch erörtert werden. Die leistungsorientierte Bezahlung ist ein Element aus der freien Wirtschaft. Es wird ein Budget im Haushalt eingerechnet, welches nach einer Dienstvereinbarung, die 2007 geschaffen wurde, an die Mitarbeiter nach den Leistungsbewertungen, die die Vorgesetzten alljährlich durchführen müssen, verteilt wird.

Frau Nürnberger ergänzt, dass dies Schulungen für Führungskräfte sind, die zweifelsohne nötig sind, um die Führungskräfte sicher zu machen.

Die Haushaltsstelle sollte eventuell in den Begriff Führungskräftebildung umbenannt werden.

Herr Stadtrat Pohl hat eine Frage zu HhSt. 7500 Bestattungswesen und 8411 Wirtschaftsförderung. Wie ist die Erhöhung von 60.000 Euro bei erstgenannter Position zu begründen? Wie setzen sich die Kosten bei HhSt. 6300.5139 zusammen?

Frau Wamser antwortet, dass die Position 7500 aufgrund von Erweiterungs-, Um- und Ausbauten erhöht ist. Beim Abschnitt 8411 handelt es sich um Ablösezahlungen für den Gasthof Kunigundenberg.

Die HhSt. 6300.5130 wurde in zwei Haushaltsstellen aufgeteilt und die Erhöhung ist zu begründen aufgrund der neuen Aufgaben Straßenunterhalt mit Begleitgrün an den Ortsdurchfahrten.

Herr Stadtrat Dr. Tiedtke möchte den gesamten direkten und indirekten Schuldenstand der Stadt Lauf wissen.

Frau Wamser verweist auf die Übersicht des Schuldenstandes und der Rücklagen in den Anlagen. Am Ende des Haushaltsjahres 2014 sind geplante Schulden in Höhe von 22,4 Millionen ausgewiesen und die kreditähnlichen Verpflichtungen liegen bei 20,6 Millionen. Die Übersicht enthält aber immer nur die geplanten Zahlen. Hier sind auch keine tatsächlichen Zahlen der Vorjahre enthalten.

Herr Stadtrat Grand stellt ein paar Fragen zum Vermögenshaushalt. Bei HhSt. 4600.9600 sind 155.000 Euro enthalten.

Wie setzt sich die HhSt. 4608.9450 zusammen?

Bei der Breitbandversorgung unter HhSt. 7912.9870 sind 50.000 Euro eingestellt. Worum geht es hier genau? Um welchen Gebäudeneubau handelt es sich bei HhSt. 7920.9420?

Frau Wamser erklärt, dass diese Summe gesamt für allgemeine Spiel- und Bolzplätze ausgewiesen ist. Die Freizeitanlage Am Kehr ist wie beschlossen unter HhSt. 6154.9400 eingeplant.

Die HhSt. 4608.9450 beinhaltet die Erweiterungsbauten für die Zurverfügungstellung von Räumen für den Musikverein und für das Brandschutzkonzept.

Bei HhSt. 7920.9420 handelt es sich um einen laufenden Posten für die Buswartehäuschen.

Frau Neidl ergänzt, dass bei anstehenden Tiefbaumaßnahmen verstärkt Leerrohre eingelegt werden und deshalb vorsorglich 50.000 Euro eingestellt wurden.

Herr Stadtrat Maschler spricht die große Steigerung bei HhSt. 5703.6721 an.

Die Kosten für die Straßenbeleuchtung bei HhSt. 6701.5133 erscheinen ihm zu hoch.

Zu HhSt. 7900.6320 Kosten für Faltprospekte möchte er gerne eine Erklärung.

Frau Wamser erläutert, dass es sich hierbei um den Öffentlichkeitsanteil der Stadt an den Landkreis handelt. Die Erhöhung resultiert aus einer geplanten Beckenüberwachung per Video.

Herr Stadtrat Horlamus erklärt, dass es sich hierbei um eine Maßnahme handelt, die der Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur beschlossen hat. Die Maßnahme wird zunächst am neuen Schulschwimmbad in Altdorf ausprobiert. Die Anlage löst Alarm aus, wenn eine sich nicht mehr bewegende Person an der Wasseroberfläche treibt.

Herr Hammerlindl führt aus, dass die Strompreise ansteigen und die Kostenerhöhungen durch die Stromeinsparungen nicht aufgefangen werden. Es besteht weniger Verbrauch, schlägt sich leider aber nicht im Preis nieder.

Vorsitzender schließt an, dass die Kosten bei HhSt. 7900.6320 die Broschüren sind, die dem Landkreis bei der Verteilung auf Messen zur Verfügung gestellt werden.

Herr Stadtrat Dr. Tiedtke stellt fest, dass sich der Haushalt von 2012 auf 2013 um rund 5,5 % erhöht hat und nunmehr ist eine Erhöhung für 2014 mit 8 % vorgesehen. Dies bedeutet, wenn man in diesem Tempo weiterfährt, würde man den Haushalt in 9 Jahren verdoppeln. In diesen 9 Jahren wäre die Verdoppelung größer als die Summe aller Verdoppelungszeiträume vorher. Er ist deshalb interessiert, welches Haushaltsvolumen im Jahr 2011 für 2014 geschätzt wurde. Dadurch hat man einen Richtwert für 2017. Wenn so hoch investiert wird und dies auch mit Fremdmitteln, wäre es seiner Meinung nach sinnvoller Rücklagen zu bilden, um entsprechende Mittel für die Erhaltung des Investitionsaufwandes zu haben. Die angesetzte Gewerbesteuer von 19 Millionen hält er für optimistisch, aber es sollte mehr Vorsicht geboten sein und der Ansatz niedriger erfolgen, insbesondere dass man berücksichtigen muss, dass man jetzt einige starke Konjunkturjahre hinter sich hat und nicht in die Zukunft blicken kann.

Frau Wamser erwidert, dass die Schätzungen des Arbeitskreises Steuerschätzung die Orientierungszahlen für die Festsetzung der Kommunen sind. An diese Zahlen sollen sich die Kommunen halten. Dazu kommen auch die jeweiligen Ertragswerte, Ergebnisse und Erfahrungswerte der Vorjahre, was auch berücksichtigt wurde. Seit ihrer Amtsaufnahme gab es keinen Einbruch und aufgrund Nachfrage bei den Betrieben zeichnet sich auch keine negative Entwicklung ab.

Die Finanzplanungsjahre werden im Verwaltungshaushalt immer nur mit den gleichen Sätzen eingestellt. Hier kann man nicht planen. Eine Finanzplanung ist vorgeschrieben, aber nicht verbindlich. Die Planung wird jedes Jahr neu angepasst und soll nur dazu dienen, die Dinge nicht aus den Augen zu verlieren. Deswegen schwanken hier die Werte. Die Ergebnisse der Anfrage können noch vorgelegt werden.

Herr Stadtrat Ochs fände es sinnvoller, den Haushalt im Vorfeld generalistischer durchzuführen. Es sollten konkrete Vorgaben gegeben werden. Er hat dies in ähnlicher Form betrachtet wie sein Vorredner. Trotz der guten Einnahmensituation hat es die Verwaltung nicht geschafft, die Zuführung zum Vermögenshaushalt zu erhöhen.

Nunmehr hat man sich viele Investitionen vorgenommen, es werden eine Menge Schulden aufgenommen und die Rücklage auf Null gefahren, obwohl bekannt ist, dass die nächsten Jahre Projekte ins Haus stehen, die eine weitere hohe Schuldenaufnahme zur Folge haben. Seines Erachtens ist der Haushalt in der vorgelegten Form nicht beschlussfähig und es muss ganz massiv nochmals überlegt werden, wie künftig damit umgegangen wird. Wäre es vielleicht vernünftiger, ein reduziertes Gremium Monate vorher damit zu beschäftigen, um Prioritäten richtig zu legen. Die Kameralistik mit der reinen Betrachtung der Geldflüsse ist am Ende und nicht aussagefähig. Es besteht kein Schimmer wie die Vermögensentwicklung und die Ertragslage ist. Für ihn ist der Haushalt ein Märchenbuch. Man kann nicht weiterhin von so hohen Steuereinnahmen ausgehen. Die Ausgaben im Verwaltungshaushalt bleiben. In die Zukunft gedacht hat er Bedenken mit der bisherigen Vorgehensweise, so wie der Haushalt jetzt aussieht.

Vorsitzender kann den Begriff Märchenbuch nicht so im Raum stehen lassen. Die Rahmenwerte sind vorzugeben. Mit regelmäßigen Quartal- und Zwischenberichten werden die Informationen am Laufenden gehalten. Ihm war wichtig, sich an den 4 Millionen zu orientieren. Über diesen Wert wurde im Nachtragshaushalt viel diskutiert. Es gibt einen Investitionsrückstau wie bei allen Kommunen und den hat auch der Freistaat Bayern. Es wird bundesweit über Mautgebühren diskutiert. Die Rücklagen wurden von 1,475 Millionen auf 10 Millionen aufgebaut. Es ist zwar immer noch zu wenig, aber es hilft nichts, da die Investitionsnotwendigkeiten dringen sind. Er erinnert sich an die Debatten zum Thema Schulen. Diese Vorgaben beschließt nicht die Verwaltung, sondern sie führt nur aus. Die wesentlichen großen Bereiche wurden in den letzten Jahren erarbeitet und beschlossen. Die Verwaltung hat eher noch etwas hineingestampft, als dass sie eigene Projekte erfunden hätte. Jetzt ist man glücklicherweise noch in der Lage zu handeln und zu steuern.

Herr Stadtrat Mayer möchte noch ein paar Zahlen hinzufügen. Die einzelnen Zahlen bei einem Haushalt von 500 Seiten sind nicht aussagekräftig. Sie werden es erst im Zusammenhang mit anderen Positionen und im Zeitablauf. Er hat sich die Mühe gemacht, den Verwal-

tungshaushalt der letzten 8 Haushaltsjahre aufzugliedern in die einzelnen Positionen und die Entwicklung anzusehen. Es sind schon Auffälligkeiten enthalten. Seine Meinung zielt in die gleiche Richtung wie sein Vorredner bereits ausgeführt hat. Man beschäftigt sich hier mit Einzelmaßnahmen, aber der Gesamtüberblick fehlt. Dies hat dazu geführt, dass man vor der jetzigen Situation steht,

Nun stellt sich die Frage, wessen Aufgabe es ist. Ist es die Aufgabe des Bürgermeisters und der Verwaltung oder die Aufgabe des Stadtrates, dies immer wieder vor Augen zu führen. Es fällt auf, dass von 2007 bis 2014 überall Steigerungen vorhanden sind, sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben, was jedoch völlig klar erscheint. Was aber interessant ist, ist die Schere, wie sich die Differenz entwickelt. Wenn man dies betrachtet, ist die Schere gewaltig in den letzten 8 Jahren aufgegangen bis auf einen Bereich. Dies ist der Bereich Gesundheit, Sport und Erholung, der durchgängig niedriger angesetzt ist. Maßgeblicher sind aber eher die Positionen Soziale Sicherheit, wo man Steigerungen von 70 % erkennen kann. Dieser Bereich ist politisch auch so gewollt gewesen, aber man muss sich für die Zukunft auch überlegen, ob dies langfristig so geleistet werden kann und wenn ja, kann man dies zusätzlich zu allem anderen leisten oder muss man auf andere Dinge verzichten. Wir stehen am Ende einer Legislaturperiode. Diese Aufgabe ist am Anfang einer neuen Periode zu erledigen und unter Umständen müssen auch einmal unangenehme Entscheidungen getroffen werden. Wenn man den Durchschnitt der Zuführungen vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt ansieht, ist dies die einzige Masse, die nachhaltig für Investitionen zur Verfügung steht. Man kann das Ganze nur durch Rücklagenentnahme erhöhen, die auch irgendwann aufgebraucht sind, oder durch Schulden. Eine langfristige Finanzierung des Vermögenshaushaltes durch Schulden geht eine Zeit lang gut, aber nicht ewig. Im Übrigen wird auch das Thema Schuldenaufnahme an sich für Kommunen ein Thema werden. Es gibt nicht mehr viele Kommunalfinanzierer und das Limit für die Stadt Lauf ist bald ausgeschöpft. Andere Kommunen stehen vor ganz anderen Problemen, da sie keinen Kredit mehr erhalten. Am Ende der Legislaturperiode ist der Schuldenstand verdoppelt. Die Planung für die nächsten Jahre wird diese Verdoppelung nochmals verdoppelt werden. Der Durchschnitt der letzten 8 Jahre lag bei 5,6 Millionen.

Es muss strategisch am Verwaltungshaushalt eingehakt werden, um diese Zuführung dauerhaft zu erhöhen, sonst braucht man sich zukünftig über Investitionen nicht mehr zu unterhalten. Dem Haushalt kann er in dieser Form deshalb auf keinen Fall zustimmen, denn was wird denn dem neuen Stadtrat hinterlassen. Das neue Gremium soll den verdoppelten Schuldenstand dann ausbaden, das kann nicht sein. Es muss eine Lösung für mehr Zuführung gefunden werden. Bei den Investitionen muss man das notwendigste ausführen und den Rest dem neuen Stadtrat überlassen.

Herr Stadtrat Lang nimmt Stellung zur Buchführung. Es wird immer über die Doppik in der Systematik geredet, die ja nicht angewandt wird, wenn es um Ziele wie Gewinnmaximierung geht. Dies ist sicherlich bei der Stadt Lauf nicht der Fall. Wir wollen Standortfaktoren optimieren und handlungsfähig bleiben. Dies sind zwei große Ziele, die bei der Aufstellung des Haushalts verfolgt werden müssen. Im Verwaltungshaushalt liegt die Steigerung bei 7 %. Die Personalkosten nehmen rund 25 % des Verwaltungshaushalts ein. Die Mitarbeiter des Rathauses haben sich Stellen überlegt, wo noch der Rotstift angesetzt werden kann. Es kann nicht alles auf einmal durchgeführt werden. Wenn man es so weiter laufen lässt, dann funktioniert es einfach nicht mehr.

Man muss sich die Frage stellen, was beschlossen ist und was man vielleicht in sinnvoller Art und Weise unter Einhaltung der Beschlüsse noch klein halten kann.

Derzeit liegt die Größenordnung von außergewöhnlichen Investitionen bei 5 Millionen, aber im nächsten Jahr kommen erneut 4 Millionen und im übernächsten Jahr auch wieder Millionen hinzu. Es wird ja nicht davon gesprochen, dass die Stadt jetzt einmalig richtig Geld in die Hand nimmt und dann wieder fit für die nächsten 30 Jahre ist und dann wieder kräftig anspart wird. Wenn dies der Fall wäre, könnte er es mittragen, aber das wird nicht vorkommen. Wenn sich die Stadt Lauf zukunftsfähig halten möchte, kann er diesem Haushalt keine Zustimmung erteilen

Abschließend hat er noch eine Anfrage zu HhSt. 6153.9322 Erwerb Miteigentumsanteile Hersbrucker Straße und Glockengießereistraße. Ist die nötig, da es hier um eine Menge Geld geht?

Frau Wamser sagt, dass diese Maßnahme durch den Stadtrat beschlossen wurde. Die Höhe der gesetzlichen Mindestrücklage ändert sich immer mit der Höhe des Verwaltungshaushalts. Diese errechnet sich aus dem Durchschnitt der letzten 3 Jahre der Volumina des Verwaltungshaushalts. Wenn dieser steigt, dann wird auch der Betrag immer höher. Derzeit liegt die Rücklage bei Eintreten der Planungen wie im Haushaltsplan vorgesehen bei 520.000 Euro. Diese Forderung muss erfüllt werden. Man muss sehen, was man sich leisten kann und will und muss abwägen. ES sind gesetzliche Verpflichtungen wie Löhne, Gehälter, Betriebskosten, Zuschüsse und dergleichen zu erfüllen, aber es gibt auch viele freiwillige Leistungen, die unter Luxus zu betrachten sind. Die Verwaltung konnte viele Kürzungen nicht vornehmen, da vieles von den Gremien beschlossen ist. Der Stadtrat ist souverän und kann alle seine Beschlüsse ändern, aufheben, neu machen, etc., nur dann können entsprechende Einarbeitungen erfolgen.

Frau Nürnberger weist darauf hin, dass verschiedene Maßnahmen bereits laufen, bei denen sehr bald Verpflichtungen zu tätigen sind. Als Beispiel wäre hier die Kunigundenschule zu benennen, bei der gehofft wird, dass diese Maßnahmen hoffentlich relativ nahtlos weiter laufen können. Für die Städtebaufördermaßnahmen muss bis Anfang Dezember ein Jahresantrag gestellt werden, der nächste Woche im Bauausschuss vorberaten wird. Sollt es dazu kommen, dass die Haushaltsmittel nicht beschlossen werden, kann dieser Antrag nicht gestellt werden. Er kann nur mit den Mitteln, die noch nicht abfinanziert sind, beschlossen werden. Dies hat dann aber auch Auswirkungen in der Mittelzuteilung.

Herr Stadtrat Kern ist mit der Beratung sehr zufrieden, da endlich seine Forderung erfüllt wird, im Verwaltungsausschuss die Sachdebatte zu führen. Richtig ist, dass ein enormes Investitionsvolumen vorliegt und nicht einfach wird, dies alles zu finanzieren. Er möchte aber auch keine Dramatisierung. Die Zuführung vom Vermögenshaushalt steigt von jetzt 4,1 Millionen auf 8,13 Millionen an. Die Leistungsfähigkeit ist nach der jetzigen Finanzplanung gegeben. Bei allen Bedenken, die hier vorgebracht werden, ergibt sich eine ausreichend Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt. Es kann darüber diskutiert werden, ob die Zuführung bei dieser Investitionssumme mehr sein muss. Die Investitionen über 10 Millionen sind nahezu alle beschlossen und Verpflichtungsermächtigungen von weiteren 10 Millionen in den nächsten Jahren. Man muss sich im Klaren sein, was jetzt gefordert wird, wurde bereits alles vom Stadtrat beschlossen. Es muss eine Diskussion mit aller Konsequenz geführt werden, wie konkrete Streichungen vorgenommen werden sollen. Es müssen Vorschläge von der Verwaltung unterbreitet werden und danach kann es in die politische Diskussion gehen.

Herr Stadtrat Ittner greift auf, dass bereits 2008 ein Versuch unternommen wurde. Dieser hatte den Namen Arbeitsgruppe Haushalt und der Sinn darin lag, dass sich die politischen Vertreter regelmäßig im Jahr treffen, um über die Entwicklungen der Vergangenheit und der Zukunft nachzudenken. Diese Arbeitsgruppe ist jedoch gescheitert. Er schlägt vor, eine derartige Arbeitsgruppe wieder einzuführen. Einmal jährlich ist zu wenig, wenn man den Verwaltungshaushalt kürzen möchte. 2009 wurde der Verwaltungshaushalt rasiert wie nie zuvor. Da waren die Erwartungen auf die Einnahmen relativ dünn und es wurde gehandelt. Es geht also wenn man will. Danach war die Einnahmensituation wieder besser und es wurde gesagt, dass dadurch wieder in die Investitionen gegangen werden kann. Dies wurde auch kräftig getan. Das Gremium hat Dinge (Altenheim, Industriemuseum, Kinderkrippen, Musikschule) beschlossen, die sich langfristig auf den Verwaltungshaushalt auswirken. Etliche Hochbauten wurden in das Laufer Stadtgebiet gestellt, was dem Verwaltungshaushalt immer mehr Geld kostet. Man kann jetzt nicht hergehen und das Personal oder den Unterhalt kürzen, außer man schießt die Einrichtungen wieder. Es ist viel Neuverschuldung im Haushalt enthalten, aber auch viele Maßnahmen, die lange geplant waren. Die Kunigundenschule war schon zu Zeiten geplant, in denen noch nicht absehbar war, wie sich die Einnahmensituation entwickelt. Jetzt muss es gemacht werden. Wenn man mit Verschuldung Werte schafft, dann ist die Rendite allermeistens höher, als man Zinsen bezahlen muss. Er kann beim Bereich Bildung die Rendite ganz schwer in Euro ausrechnen. Hier werden Werte geschaffen, die in keinem Haushalt zu finden sind, aber trotzdem in der Stadt Lauf vorhanden sind. Es

wäre bescheuert, wenn man in einer Niedrigzinsphase keine Investitionen tätigen würde. Bei den Schulen geht man jetzt durch Schulden in eine Vorfinanzierung, aber man wird auch durch Zuschüsse wieder Geld zurück erhalten. Wenn die jetzt durchgeführten Investitionen Zuschüsse bringen, dann wird auch darüber gesprochen, dass dieses Invest Geld von außen in die Stadt Lauf hineinbringt. Jeder Invest hat in irgendeiner Form positive Auswirkungen auf die heimischen Gewerke. Wenn man über einen Gesamtzusammenhang spricht muss man auch über so einen Haushalt darüber hinaussehen. Er stimmt zu, dass irgendwann die Bremse eingelegt werden muss und es wird in naher Zukunft keine Hochbaumaßnahmen der bisherigen Größenordnungen in der Stadt geben, so dass dadurch mehr sichere Planung im Haushalt getätigt werden kann. Deshalb ist für ihn der vorliegende Haushalt vertretbar. Wenn die Ansicht besteht, noch Kürzungen vorzunehmen, sollen es diejenigen vorschlagen, die dies wünschen. Dies muss dann aber auch deutlich gesagt werden. Der Verwaltungsvorschlag liegt am Tisch.

Vorsitzender bezieht sich auf einen Bericht in der Süddeutschen Zeitung. Schulden sind gut und sichere Staatsanleihen sind ein unverzichtbares Instrument des Finanzsystems. Frau Wamser hat alle Fraktionen angeschrieben, aber leider kamen keine Vorschläge für Ausgaben oder Einsparungen. Er stellt fest, dass die Verwaltung für den Freistaat vorfinanziert, bis die Zuschüsse fließen und deswegen sind die Zuführungen größer. Er stellt nochmals die Entwicklung der Verwaltungsausgabensteigerungen dar. Die Zuführungen gingen nicht nach unten. Man sollte auch nicht den tatsächlichen Wert der Zuführung nach Jahresabschluss und den eingestellten Wert verwechseln. Obwohl die Verwaltungskosten vom Jahr 2000 bis jetzt von 26.500 auf jetzt 49.680 Euro gestiegen sind, sind gleichzeitig die Schulden zurückgegangen. Gleichzeitig sind die Rücklagen deutlich gestiegen. Die Pflichtaufgaben nehmen immer mehr zu. Der Gesetzesanspruch der Ganztagschulen muss umgesetzt werden. Bis 2025 liegt die Aufforderung seitens der Regierung vor, dass Bayern barrierefrei sein muss. Dies drückt sich im Straßenbau bis zu den Schulsanierungen aus. Die Einführung der Ganztagschulen und der Gesetzesanspruch für Kindertagesstätten führt ja dazu, dass immer mehr ausgegeben wird. Die Zwangsverwaltung der Kommunen zeigt, dass diese weiterhin den gesetzlichen Aufgaben nachkommen. Dies möchte die Stadt Lauf jedoch nicht. Er bittet das Gremium deshalb, Vorschläge zu unterbreiten, wo bei den einzelnen Maßnahmen Einsparungen getroffen werden sollen. Die Kommunen werden nahezu aufgefordert, Darlehen aufzunehmen, da dies durch die zinsgünstigen Darlehen der KfW gefördert wird. Steuererhöhungen sind nicht gewollt und auch nicht aufgezeigt.

Herr Stadtrat Dr. Tiedtke stellt fest, dass der Haushalt eine Mehrheit finden muss. Beide Methoden, sowohl seitens des Gremiums als auch der Verwaltung nach Einsparpotenzial zu suchen, sind zielführend. Es wurden alle Beschlüsse eingeplant, aber das Gremium hat auch die Möglichkeit – soweit nach außen noch keine Verpflichtung eingegangen wurde – einen Beschluss zu revidieren. Das Gesamtbudget wurde nach Aussage eines Vorredners nicht immer im Auge behalten, sodass im Lichte eines beschränkten Gesamtbudgets eine andere Gewichtung von beschlossenen Einzelmaßnahmen erfolgen kann. Er hält die Doppik im öffentlichen Bereich für wenig sinnvoll. Man kann jetzt schon abschätzen, dass Investitionen Wertverzehr nach sich ziehen werden, die nicht im Haushalt vorhanden sind. Je weniger gut man dies abschätzen kann desto mehr sollte man Rücklagen bilden. Rücklagen aufzuzehren ist unter diesem Gesichtspunkt zu bedenken. Wenn die Zinsen fallen steigen die Preise, da sich der Ertragswert sämtlicher Vermögensgegenstände erhöht, da die Zukunftserträge immer weniger abgezinst werden und die Preise schneller steigen als der Zins nutzt, sodass ein Zinsverfall durch die erhöhte Kreditaufnahme besteht. Zinsen und Preise sind ein System kommunizierender Röhren. Deshalb plädiert auch er im Namen der FW-Fraktion, diesen Haushalt zu verkleinern.

Frau Nürnberger teilt mit, dass viele Investitionen die Bauvorhaben im Vermögenshalt betreffen. Ein Großteil davon basiert auf Beschlüssen. Die Verwaltung hält es nicht für möglich, beschlossene Beschlüsse des Stadtrates zu priorisieren. Gerade im Stadtrat wurde immer angemahnt, dass schließlich und endlich der Stadtrat die Projekte priorisiert und beschließt und sicherlich nicht die Verwaltung. Bei den Fördermitteln geht es darum, dass kein Jahresantrag für die Städtebauförderung eingereicht werden kann, wenn die Mittel nicht zur Verfü-

gung gestellt werden. Dadurch kann dann nächstes Jahr auch keine Mittelzuteilung kommen. Vielleicht kann man diese Probleme bei der Entscheidung über das weitere Vorgehen berücksichtigen.

Frau Wamser kann keine Zuführung optimieren um die beschlossenen Investitionen durchzuführen, da die Kosten dann im Unterhalt fehlen. Es müsste so gekürzt werden, dass dann die beschlossenen und bestehenden Investitionen nicht mehr unterhalten werden können. Egal ob Strom, Reinigung oder Hausmeisterdienste wäre alles betroffen. Hier wurde schon überall gekürzt. In den letzten Jahren wurde stetig angespart und es können nicht noch mehr Rücklagen gebildet werden. Es liegen 10,3 Millionen in den Rücklagen und jede Kommune würde sich über eine derartige Summe freuen. In den letzten Jahren wurde kein Kassenkredit benötigt und trotzdem wurden 40 Millionen investiert. Ein Haushalt wird einmal jährlich erstellt und der Stadtrat ist gefordert, darüber zu entscheiden. Die Verwaltung kann nichts mehr kürzen, ohne Beschlüsse anzugreifen, die der Stadtrat gefasst hat.

Herr Stadtrat Grand findet, dass die Verwaltung sehr viel Arbeit in den Haushalt investiert hat und kann ihn nicht als Märchenbuch bezeichnen. Die Zuführung oder das Investieren ist ja kein Selbstzweck. Es wird ein Ziel verfolgt und die angedachte Zuführung im nächsten Haushalt liegt bei 4 Millionen. In die Vergangenheit zurückgeblickt ist dies die zweithöchste Zuführung in den letzten 6 Jahren. Es wurden 40 Millionen investiert und die Schulden abgebaut, da kann man doch nicht sagen, dass etwas schief läuft. Es wurde sehr gut gewirtschaftet, was auch vom Landratsamt bestätigt wird. Die finanzielle Situation der Stadt Lauf ist gut. Die Personalkosten nehmen selbstverständlich zu, da ja auch der gesamte Haushalt gewachsen ist. Neben dem Sachaufwand ist dies eine der größten Positionen. Wenn die Leistungsfähigkeit der Stadt Lauf zunimmt, wird auch qualifiziertes Personal benötigt, welches diese Leistungen erbringt. Ein großer Posten sind wie jedes Jahr die freiwilligen Leistungen. Möchte hier jemand sparen? Die Verwaltung hat eine ordentliche Leistung vollbracht und jetzt noch mehr Zuführung herauszuquetschen wird schwierig. Hier braucht es dann wirklich Vorschläge. Er hält es auch nicht in Ordnung innerhalb des Jahres Beschlüsse zu fassen und dann die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung zu stellen. Dies ist keine Arbeitsweise. Er findet den Haushaltsentwurf sehr kompetent und kann seine Zustimmung erteilen.

Herr Stadtrat Lang hat Probleme mit der Grundhaltung. Es liegt zwar eine extrem gute Einnahmensituation vor, aber auch sehr hohe Ausgaben. Er könnte die Situation für den Haushalt 2014 gut vertreten, wenn er wüsste, dass es danach wieder möglich ist, Rücklagen anzusparen. Er kann sich in der derzeitigen Lage nicht vorstellen, dass sich die Ausgabensituation verändern soll. Für Ende 2014 ist ein Schuldenstand von 43 Millionen geplant. Wie soll sich hier etwas ändern? 2021 wird dann eine Verschuldung von 100 Millionen vorliegen, wenn man noch die Schulden für die Sanierung der Bertleinschule mit 30 Millionen einrechnet. Dies kann es nicht sein, es muss die Bremse eingeschlagen werden. Es müssen noch einige Punkte auf den Prüfstand gestellt werden, um Einsparungen zu erzielen. Die Vorbereitungen waren völlig in Ordnung, aber die Gesamtbilanz stimmt nicht.

Frau Wamser gibt Herrn Stadtrat Lang recht, dass die Finanzplanung nach heutigem Stand nicht besonders rosig aussieht. Sie würde entgegen sämtlicher Haushaltskonzepte handeln, wenn sie die geplanten Investitionen und Folgeinvestitionen nicht in den Haushalt einstellen würde. Sie muss die Finanzplanung nach jetzigen Gesichtspunkten so aufstellen. Nächstes Jahr sieht es vielleicht besser aus, weil dann schon das Ergebnis von 2013 vorliegt. Dies Ergebnis liegt aber frühestens im Februar/März vor. Der Schuldenstand von 43 Millionen sind nur Planungen und man weiß nicht, ob man die geplanten Kredite auch benötigt. Die Bürgschaften und kreditähnlichen Rechtsgeschäfte sind keine Schulden, die zurückgezahlt werden müssen. Sobald es die Finanzlage zulässt wird man die Schulden immer außerordentlich tilgen. Wenn der Stadtrat nicht möchte, dass der Haushalt künftig so dargestellt wird, muss vorgeschlagen werden, welche Streichungen vorgenommen werden sollen.

Frau Nürnberger schließt an, dass sich die Verwaltung bei der mehrjährigen Finanzplanung bemüht hat, die Vorhaben so gut wie möglich abzubilden. Es handelt sich dabei selbstver-

ständig auch um Maßnahmen, bei denen noch keine Kostenbetrachtungen vorliegen. Deshalb wurde eine Abschätzung vorgenommen.

Vorsitzender informiert, wenn der Haushalt nicht beschlossen wird, können im Januar keine Gelder ausbezahlt werden.

Herr Taubmann möchte erwähnen, dass sich der Verwaltungsausschuss die Sache sehr leicht macht. Die Verwaltung hat wirklich einen soliden Haushalt vorgelegt. In früheren Jahren wurde schon schwächeren Haushalten zugestimmt. Vor einigen Wochen wurde noch der Kunstrasenplatz als freiwillige Leistung im Stadtrat beschlossen und in den Haushaltsberatungen wird dann verlangt, dass der Verwaltungshaushalt gekürzt werden soll. Wenn man sparen möchte, kann man nicht freiwillige Leistungen in Millionenhöhe befürworten. Eine solche Methode lässt auf keine gute Zusammenarbeit schließen.

Herr Stadtrat Maschler äußert, wenn die Gewerbesteuern nicht mehr so fließen, können keine Zuführungen mehr an den Vermögenshaushalt getätigt werden. Bei den begonnenen Maßnahmen und denjenigen, wo Erwartungen geschürt wurden, kann nicht der Rotstift angesetzt werden. Dies muss in dem vorgesehenen Zeitfenster zu Ende geführt werden.

Über Vorhaben, die in naher Zukunft im Vermögenshaushalt enthalten sind (z.B. Archiv) muss nachgedacht werden. Wenn ein Beschluss gefasst wird, muss man sich auch gleich mit den Folgekosten beschäftigen.

Herr Stadtrat Maschler schlägt vor, für den Vermögenshaushalt die Arbeitsgruppe Haushalt wieder aufleben zu lassen. Für den Verwaltungshaushalt ist das Detailwissen des Stadtrates zu gering, um entsprechende Vorgaben zu treffen.

Herr Stadtrat Dr. Tietke hat den Eindruck, dass sachlich gearbeitet und gut nachgefragt wird. Die Meinungen für die Einschätzungen in die Zukunft sind verschieden. 81 % Staatsverschuldung gab es noch nie und dieses Bild zieht sich bis zu den Kommunen hin. Hier hat jeder eine andere Ansicht, was jedoch keine Kritik an die Verwaltung ist.

Er schlägt vor, dass der Bürgermeister beauftragt wird, eine Skalierung des Haushalts vorzuschlagen. Wie dies intern umgesetzt wird, liegt dann in seinem Ermessen.

Frau Wamser findet die Vorschläge in Ordnung. Sie versteht es nun so, dass die Verwaltung versuchen soll, den Verwaltungshaushalt nochmals um 2 Millionen zu kürzen und mit dem Vermögenshaushalt wird sich die Arbeitsgruppe Haushalt befassen.

Wann liegen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vor? Ihr Lösungsvorschlag wäre, Gebühren zu erhöhen und einzuführen sowie freiwillige Leistungen drastisch zu kürzen. Nur so kann sie die gewünschten Einsparungen erbringen.

Herr Stadtrat Ittner stellt nachfolgenden Antrag:

1. Es soll eine Arbeitsgruppe Haushalt eingerichtet werden. Diese hat sich zweimal jährlich zu treffen, das erste Mal zum Thema Vermögenshaushalt und soll aus Vertretern aller Fraktionen bestehen plus Bürgermeister und Verwaltung.
2. Der Haushalt soll im Januar beschlossen werden und bis dahin hat sich diese Arbeitsgruppe zweimal getroffen. Beim zweiten Mal soll auch der Verwaltungshaushalt mit diskutiert werden.

Nach einer kurzen Diskussion zur Findung eines entsprechenden Zeitraumes schließt Frau Nürnberger an, dass es wichtig wäre, einen Beschluss für das Förderprogramm zu fassen, damit die Verwaltung beauftragt wird, für das Jahr 2014 die entsprechende Summe einzustellen. Dies kann jedoch noch keine Verpflichtung bedeuten. Mit diesem Beschluss könnte dann der Jahresantrag gestellt werden.

Vorsitzender sagt, dass der Antrag nun vorliegt und sich die Verwaltung bezüglich eines Termins noch abstimmen wird.

Herr Stadtrat Dr. Tiedtke stellt einen Alternativantrag, dass sich ein Gremium bestehend aus allen Fraktionen des Stadtrates zusammensetzt, um Kürzungen im Vermögenshaushalt zu

diskutieren. Der Bürgermeister wird beauftragt, im Verwaltungshaushalt die Ausgaben um 2 Millionen Euro zu kürzen.

Vorsitzender bittet nun, über die vorliegenden Anträge abzustimmen

**Beschluss:**

Der Antrag von Herrn Stadtrat Ittner wird abgelehnt.

**Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt Ja: 6 Nein: 7**

Der Antrag von Herrn Stadtrat Dr. Tiedtke wird mehrheitlich angenommen.

**Abstimmung: mehrheitlich beschlossen Ja: 9 Nein: 4**

**Ende der Sitzung im öffentlichen Teil: 23:12 Uhr**

Stadt Lauf a.d. Pegnitz, den 05.12.2013

Stadtverwaltung

Der Vorsitzende

Schriftführerin

Benedikt Bisping  
Erster Bürgermeister

Schönwald  
Verw.Ange.